

# **Kriegsgegner** Kampf um Recht auf Steuerverweigerung

## 9. Weltkonferenz von Friedenssteuer-Initiativen

---

Den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, gehört in westlichen Demokratien zum Recht auf Gewissensfreiheit. Den Kriegsdienst mit der Steuer zu verweigern, gilt als Rechtsbruch. Wie Letzteres zu ändern ist, darüber berät seit Donnerstag die 9. Internationale Konferenz von Friedenssteuer-Initiativen.

---

**Berlin** (ND-Kalbe). Unter dem Thema »Krieg, Geld und Gewissen« erörtern die mehr als 100 Teilnehmer aus 16 Ländern bis zum Sonntag Wege zur Durchsetzung des Rechts auf die Verweigerung von Kriegssteuern. In seinem Eröffnungsvortrag am Donnerstagabend in Berlin bezeichnete Paul Oestreicher vom Internationalen Versöhnungszentrum Coventry diese als logische Erweiterung des anerkannten Rechts auf Kriegsdienstverweigerung. In Ländern wie Großbritannien, wo die Wehrpflicht durch eine Berufsarmee überflüssig wurde, sei dies die einzige Möglichkeit zum zivilen Protest.

Zugleich räumte er ein, dass die von den Initiativen geforderte Gesetzesänderung den Gesetzgeber vor eine sehr komplizierte Herausforderung stelle. Am Rande der Konferenz machte er deutlich, dass das Netzwerk nicht für eine Steuerminderung eintrete, sondern für eine Regelung, die eine Verwendung der Mittel für militärische Ziele ausschließt. Die statt einer Militärsteuer geforderte Friedenssteuer könnte Oestreicher zufolge für zivilen Friedensdienst eingesetzt werden.

Seit der Gründung des Netzwerkes Friedenssteuer 1983 in Deutschland führten bereits rund 40 Anhänger Prozesse, in de-

nen sie Finanzämter darauf verklagten, ihr Grundrecht auf Gewissensfreiheit auch durch die Verweigerung von Steuern zu akzeptieren, die für Rüstungszwecke oder Militäreinsätze eingesetzt werden. Sie wurden bisher sämtlich zur Steuerzahlung verurteilt, auch wenn ihre moralischen Beweggründe als respektabel gewürdigt wurden. Oestreicher hatte in einem eigenen Versuch sieben Prozent seiner Einkünfte zurückgehalten.

Vor Journalisten begründete Günther Lott, Sprecher des Netzwerkes Friedenssteuer Deutschland, das Ziel, durch parlamentarische Initiativen einen Gesetzeswandel herbeizuführen. Entsprechende Vorstöße im Deutschen Bundestag würden derzeit jedoch nur von der PDS unterstützt. Die einstige Unterstützung durch einen Großteil auch der Grünen-Fraktion sei mittlerweile auf ein Drittel der Abgeordneten geschrumpft, unter SPD-Abgeordneten gebe es nur eine kleine Gruppe von Sympathisanten, während Union und FDP das Anliegen gänzlich ablehnten.

Marian Franz, Sprecherin der Organisation »Conscience and Tax International« machte auf die Aktualität ihrer Forderungen nach dem 11. September letzten Jahres und unter dem Eindruck der Drohungen gegen den Irak aufmerksam. Seither habe sich der Widerstand vor allem religiöser Bewegungen in ihrem Heimatland, den USA, verstärkt. Waffen töteten bereits, bevor sie eingesetzt würden, begründete sie die Weigerung. Schon durch die Herstellung von Waffen würden Ressourcen verschlungen und ziviler Verwendung vorenthalten.